

RHEINISCHE POST

Politik > Deutschland > So viel Geld könnte Deutschland mit einer Zuckersteuer sparen

Neue Studie

So viel Geld könnte Deutschland mit einer Zuckersteuer sparen

München · In Dutzenden Ländern weltweit gibt es sie bereits: eine Zuckersteuer auf Getränke. Deutschland hingegen setzt auf Selbstverpflichtungen der Hersteller. Nun zeigt eine Studie, wie viel Geld eine solche Abgabe sparen würde. Und Geld ist in dem Fall noch nicht alles.

22.11.2023 , 07:50 Uhr · 4 Minuten Lesezeit



Ein Glas mit Cola steht neben einem Glas mit Orangenlimonade. Eine Zuckersteuer auf Erfrischungsgetränke würde einer Studie zufolge in Deutschland sehr viel Geld sparen und zahlreiche Erkrankungen vermeiden.

Foto: dpa/Lukas Schulze

Eine Zuckersteuer auf Erfrischungsgetränke würde einer Studie zufolge in Deutschland allein innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte bis zu 16 Milliarden Euro sparen und zahlreiche Erkrankungen vermeiden. „Eine Softdrink-Steuer in Deutschland hätte deutliche positive Auswirkungen“, bilanziert das Forschungsteam von der Technischen Universität München und der britischen Universität Liverpool im Fachmagazin „PLOS Medicine“. Bei allen simulierten Varianten würde weniger Zucker konsumiert, Erkrankungen wären seltener. „So ließen sich volkswirtschaftliche Kosten senken und das Gesundheitssystem entlasten.“

Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt eine Sondersteuer von mindestens 20 Prozent auf zuckerhaltige Getränke, um den Zuckerkonsum der Bevölkerung mitsamt seiner gesundheitlichen

Folgen zu reduzieren. Vielen Länder haben bereits steuerliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Konsums von zuckerhaltigen Getränken oder Lebensmitteln eingeführt. Deutschland setzt stattdessen auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Getränkeindustrie – Studien zufolge bislang mit mäßigem Ergebnis.

Die Studie aus München zeigt nun, dass der erwünschte Effekt einer Steuer hierzulande wohl tatsächlich eintreten und das Risiko etwa für Übergewicht und Erkrankungen sinken würde. „Eine Limo-Steuer wirkt“, hieß es in einer Reaktion der Verbraucherorganisation Foodwatch. Das hätten die Erfahrungen aus Großbritannien gezeigt, wo die Hersteller den Zuckergehalt in ihren Getränken drastisch gesenkt haben und der Konsum von Limonaden gesunken ist.

Zuckrige Getränke gälten als wesentliche Treiber für Adipositas und damit verbundene Krankheiten wie Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, das Leid der Betroffenen und die Folgekosten seien groß. Das sei lange bekannt, dennoch unternehme die Regierung nichts dagegen, dass überzuckerte Getränken schon junge Menschen krank machen, kritisierte Foodwatch.

Die aktuelle Studie betrachtet Versteuerungs-Szenarien, die entweder darauf abzielen, den Softdrink-Konsum generell zu senken, oder darauf, Rezeptur-Änderungen herbeizuführen. Wenn die Abgabe unabhängig vom Zuckergehalt fällig wird, führe dies internationalen Studien zufolge vor allem zu einer verringerten Nachfrage nach Softdrinks. Richtet sich die Steuer hingegen nach der Zuckermenge, würden zudem die Rezepturen der Getränke verändert.

„Der Simulation zufolge würde bei einem pauschalen 20-prozentigen Aufschlag auf die Softdrink-Preise der Zuckerkonsum pro Tag und Person um ein Gramm sinken“, schilderten die Forschenden die potenziellen Auswirkungen in Deutschland. In der Gruppe der Männer zwischen 30 und 49 Jahren wären es den Abschätzungen zufolge sogar knapp drei Gramm pro Tag.

„Noch stärker würde sich eine Reduktion des Zuckers in den Rezepturen um 30 Prozent auswirken, wie sie in Großbritannien nach Einführung der gestaffelten Hersteller-Abgabe verzeichnet wurde“, erklärte das Expertenteam. Dadurch würde der Pro-Kopf-Konsum in Deutschland um täglich 2,3 Gramm reduziert, bei den 30- bis 49-jährigen Männern gar um 6,1 Gramm.

Bei beiden Besteuerungsvarianten gäbe es der Rechnung des Teams zufolge deutlich weniger Fälle von Übergewicht und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Besonders groß seien die zu erwartenden Effekte bei Diabetes Typ 2: „Durch eine Besteuerung würden unseren Modellen zufolge innerhalb der nächsten 20 Jahre bis zu 244 100 Menschen später oder gar nicht an Typ-2-Diabetes erkranken“, erläuterte der Erstautor der Studie, Karl Emmert-Fees.

Mit einer Abgabe auf gezuckerte Getränke würden also weniger Behandlungen nötig, die Kosten durch Krankheitstage und Arbeitsunfähigkeit sänken ebenfalls. Für den Zeitraum 2023 bis 2043 hat das Team bei einer gestaffelten Herstellerabgabe volkswirtschaftliche Einsparungen von rund 16 Milliarden Euro errechnet, davon etwa 4 Milliarden Euro an Gesundheitskosten. „Bei einer 20-prozentigen Steuer wären es immerhin insgesamt noch etwa 9,5 Milliarden Euro.“

Hinzu kommt: Bei den Berechnungen wurden Menschen unter 30 Jahren nicht berücksichtigt, weil die meisten der modellierten

Erkrankungen vor allem in der zweiten Lebenshälfte auftreten. Allerdings sei der Softdrink-Konsum im Teenageralter am höchsten, erläuterte Emmert-Fees. „Dementsprechend wäre die durchschnittliche Reduktion des Zuckerkonsums noch drastischer und der positive gesundheitliche Effekt noch größer, wenn wir jüngere Menschen mitberücksichtigen würden.“

„Die Einführung einer Zuckersteuer ist wirksam und der deutschen Politik zu empfehlen“, erklärte Michael Stolpe vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel zu den aktuellen Ergebnissen. „Auch Werbeverbote, wie sie für Zigaretten eingeführt wurden, könnten helfen, den Zuckerkonsum zu verringern.“ Ergänzend sei eine verstärkte Aufklärung unter Kindern und Jugendlichen sinnvoll, sagte der Leiter des Projektbereichs Globale Gesundheitsökonomie, der selbst nicht an der Studie beteiligt war. „Junge Menschen, insbesondere junge Männer, konsumieren in viel größerem Maße zuckerhaltige Getränke als ältere Menschen.“ Ihre langfristige Gesundheit profitierte daher am meisten von Maßnahmen zur Verringerung des Zuckerkonsums.

Auch Falk Schwendicke von der Charité in [Berlin](#) hält die Besteuerung zuckergesüßter Getränke aus gesundheitspolitischer und ökonomischer Sicht für sehr sinnvoll. „Die berechneten Kosteneinsparungen sowie gesundheitlichen Gewinne sind beachtlich.“ Gerade sonst nicht gut erreichbare Bevölkerungsgruppen könnten damit in ihrem Verhalten positiv beeinflusst werden.

(zim/jh/dpa)